

Leserforum

Kompromissloses vorgehen

Zum Interview „Todesurteil für das Klettern an der Badener Wand“ (BT vom 20. Januar), in dem sich Bergsteiger Ralf Dujmovits zur Sperrung am Battert äußert, schreibt Siegfried Mangler aus Gaggenau:

Mit Bestürzung musste ich in ihrem Artikel lesen, wie rücksichts- und kompromisslos unserer Regierungspräsidium vorgeht. Meiner Meinung nach ist

es eine Schande, den Bürgern und den Bergsportlern ein Stück Natur zu nehmen. Natürlich brauchen wir die Wanderfalken zum Ausgleich in der Natur, aber eine Überpopulation derselbigen bringt auch nichts. Hier sollte auch der NABU ehrlich sein. Das Falkenpaar hat ein Einzugsgebiet von 20 Quadratkilometern. Die Brutzeit ist von April bis Juli. Ein Wanderfalkenpaar benötigt für sich und der Aufzucht der Brut (in der Regel vier bis sieben Nestlinge) mindestens 15.000 bis 20.000 Beutetiere wie zum Beispiel Wühl-

mäuse, Käfer, große Insekten, Regenwürmer und kleine Vögel wie die Blaumeise oder der Grünfink. Bei mehreren Brutpaaren werden sich die Turmfalken bald räumlich wieder verändern, da das Futter nicht ausreicht. Das ist das Gesetz der Natur. Hätten die Sachbearbeiter des Regierungspräsidiums genauer recherchiert und mehr Fingerspitzengefühl zu Tage gelegt, wäre bestimmt eine zuträglichere Lösung für beide Seiten entstanden. In unserer Gesellschaft wird heutzutage alles überreguliert. Wir sollten der Natur ihren Lauf lassen, die regelt alles von alleine.

in Gaggenau-Oberweier hat man sich auf politischer Ebene geeignet, neben dem von der Stadt Gaggenau beauftragten Ingenieurbüro GHJ und der von der BI vorgelegten Expertise ein weiteres „unabhängiges“ Ingenieurbüro zu beauftragen, um mit einer weiteren Experten-Sicht Licht in den Schatten der Deponie zu werfen. Die ersten Ergebnisse (Zwischenbericht mit konkreten Handlungsanweisungen?) wurden dem Betriebsausschuss des Abfallwirtschaftsbetriebs am 5. Dezember 2022 vorgestellt. Bereits auf diese Veranstaltung konnte man der Presse unterschiedliche Wertungen entnehmen.

Seitens der BI wurde nun der Zwischenbericht kritisch unter die Lupe genommen und als „Subjektiv und mangelhaft“ bewertet. Auf diese Ausarbeitung kann ich nicht weiter eingehen. Der interessierte Bürger kann sie der Presse oder der Berichterstattung der BI entnehmen.

Die Stellungnahme des Landratsamts auf diesen Bericht wird als zurückhaltend

bewertet. Sie beruht aus meiner Sicht auf dem Kenntnisstand des letzten Jahres. Für mich ergeben sich die folgenden Fragen:

● Ist es nicht die Aufgabe des Auftraggebers (AWB), die gelieferte Arbeit (Zwischenbericht) kritisch zu prüfen?

● Dürfen aus einem Zwischenbericht Handlungsempfehlungen abgeleitet werden?

● Dürfen mangelhafte Ergebnisse ohne Prüfung den politischen Gremien vorgelegt werden?

Die BI hat nun den Zwischenbericht unter die Lupe genommen und einen umfangreichen Fragenkatalog zusammengestellt.

Von den Gremien, die unsere Steuergelder ausgeben, darf erwartet werden, dass auch sie diese Arbeit leisten. Auf eine ausführliche Einlassung seitens des AWB auf den vorgelegten Fragenkatalog darf man gespannt sein. Das weitere Vorgehen um die Deponie „Hintere Dollert“ darf nach jahrelangem „Gewürfel“ und „Gehudel“ nicht in eine Phase des „Vertuschens“ übergehen.

Leserforum

Leserbriefe spiegeln nicht immer die Meinung der Redaktion wider, obwohl diese die presserechtliche Verantwortung für die Veröffentlichung übernimmt und sich deshalb sinnerhaltende Kürzungen oder eine Ablehnung vorbehält.

Folgende Kriterien müssen erfüllt sein:

- Bezug auf die Berichterstattung im BT,
- maximale Länge von 60 Zeilen zu jeweils 27 Anschlägen,

- Nennung des Namens, der vollständigen Adresse sowie der Telefonnummer des Verfassers in dem Schreiben an die Redaktion. Veröffentlicht werden Name und Wohnort. Zuschriften von Amts- und Mandatsträgern, die sich auf ihre Tätigkeit als Amts- und Mandatsträger beziehen, werden nicht als Leserbriefe, sondern als Pressemitteilungen behandelt.

Mangelhafte Aufsichtspflicht?

Dieter Haller aus Oberweier schreibt zu unserem Artikel „Subjektiv und mangelhaft“ (Badisches Tagblatt vom 28. Januar) Folgendes:

Nach langem Tauziehen um die weitere Vorgehensweise mit der Deponie „Hintere Dollert“